

**... dass Gesundheit,
Pflege und Rente
teurer werden.**

Wenn in der Politik über den Sozialstaat gesprochen wird, geht es oft um „Modernisierung“ und „Effizienz“. In der Praxis bedeutet es aber häufig: Leistungen werden gekürzt und privatisiert. Verantwortung wird vom Gemeinwesen auf den Einzelnen verschoben, Arbeitgeber*innen machen sich einen schlanken Fuß. Wer nicht zu den Spitzenverdienenden gehört, Angehörige pflegt, krank wird oder im Job körperlich und mental stark belastet ist, spürt solche „Reformen“ zuerst. Dabei ist der Sozialstaat kein schlichter Kostenfaktor. Er ist das Sicherheitsnetz, das Freiheit erst möglich macht und den Zusammenhalt und sozialen Frieden trägt.



Wir nehmen nicht hin, dass soziale Sicherheit Stück für Stück infrage gestellt wird. Deshalb gehen wir auf die Straße – **am 26.09. zum bundesweiten Aktionstag!** Für Bayern heißt das: Wir mobilisieren nach **Nürnberg!** Lasst uns dort gemeinsam ein klares Zeichen setzen: für einen starken Sozialstaat und den Schutz von Arbeitnehmerrechten.

- ✉ bayern@dgb.de
- ✉ bayern.dgb.de
- ✉ bayern.dgb.de/mitmachen/kampagnen/sozialstaat



V. i. S. d. P.: DGB Bezirk Bayern, Bernhard Stiedl,
Schwanthalerstraße 64, 80336 München

**Für sie
heißt es Reform.**

Für dich, ...



DGB
Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bayern

Sozialstaat ist kein Luxus

Der Sozialstaat sorgt dafür, dass niemand in einer schwierigen Lage alleine ist. Wer ihn schwächt, spart nicht, sondern verlagert Kosten und Unsicherheit in die privaten Haushalte. Wir brauchen einen funktionierenden Sozial-

staat. Eine bessere Rente, eine bessere Pflege und eine bessere Gesundheitsversorgung sind möglich und finanzierbar.

Dazu braucht es: mehr Tarifbindung, mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und eine gerechte Besteuerung sehr großer Vermögen und Erbschaften.



Rente muss zum Leben reichen

Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, braucht eine Rente, die zum Leben reicht. Aktuell wird über ein höheres Rentenalter und Kürzungen diskutiert. Das trifft besonders Menschen mit belastenden Jobs, die oft nicht bis zur Regelaltersgrenze arbeiten können. Wir wollen das Rentenniveau bei 48 Prozent halten und dann auf mindestens 50 Prozent anheben. Wir lehnen eine höhere Altersgrenze ab. Wir wollen die Grundrente und die Absicherung bei Erwerbsminderung verbessern. Denn niemand darf nach einem langen Arbeitsleben in Armut fallen.

Gesundheit und Pflege dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen

Gesundheit und Pflege sind Daseinsvorsorge. Wer Hilfe braucht, muss sie bekommen, unabhängig vom Einkommen. Wir wollen ein gerechtes System für alle und keine Zwei-Klassen-Medizin. Deshalb fordern wir eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Eigenanteile müssen wirksam begrenzt werden, damit Pflege und Gesundheit nicht zur Kostenfalle werden. Es braucht Investitionen in Personal, Ausbildung

und gute Arbeitsbedingungen. Pflegende Angehörige brauchen mehr Pflegezeit mit Lohnersatz, verlässliche Beratung und Entlastungsangebote vor Ort. Kliniken und Pflegeeinrichtungen gehören in die öffentliche Verantwortung, damit Geld in Qualität fließt und nicht in Dividenden für private Investoren.

Arbeitszeit braucht Schutz und Mitbestimmung

Der 8-Stunden-Tag ist Gesundheitsschutz und ein Stück Freiheit. Wer das Arbeitszeitgesetz aufweicht, öffnet längeren Arbeitstagen Tür und Tor und schwächt die Mitbestimmung. Flexibilität geht schon heute, aber sie braucht Regeln und Tarifverträge. Wir wollen Bewegung bei den Arbeitgebenden, oft sind sie es, die flexiblen Arbeitszeiten aus Beschäftigten-sicht entgegenstehen. Die soziale Infrastruktur muss ausgebaut werden, damit Arbeit mit Familie und Pflege vereinbar ist.

